

## **PRESSEMITTEILUNG**

Rudolstadt, den 11.3.2019

## **Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt**

[www.gruene-slf-ru.de](http://www.gruene-slf-ru.de)  
[briefkasten@gruene-slf-ru.de](mailto:briefkasten@gruene-slf-ru.de)

### **BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN fordern Bürgerbeteiligungssatzung in Saalfeld**

Der Grünen-Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt hat sich für eine Bürgerbeteiligungssatzung für die Städte Saalfeld und Rudolstadt ausgesprochen. *„Der entgleiste Streit um die Ansiedlung der Plastefabrik in Saalfeld (OTZ berichtete) hat die Notwendigkeit nach klaren Qualitätskriterien in der Bürgerbeteiligung erneut aufgezeigt“*, betonte Grünen-Stadträtin Susanne Bätz. Andere Städte wie Potsdam, Leipzig und Heidelberg seien bereits auf dem Weg.

Der Umgang mit unterschiedlichen Positionen in der Stadtentwicklung verlange bei allen komplexen Entscheidungen klare nachvollziehbare Regeln in der Bürgerbeteiligung, so Bätz weiter. Damit könnte man besser mit unsachlichen Vorwürfen und populistischen Methoden umgehen. Es stimme bedenklich, dass bei der jüngsten Convertflex-Veranstaltung kein anwesender Stadtrat oder Mitarbeiter der Verwaltung die negativen Unterstellungen (z.B. „sterbende Stadt“) des Herrn Schleicher widersprochen habe.

*„Es ist jetzt ein guter Zeitpunkt für Verwaltung, Stadtrat und natürlich für die Bürger aus den Zumutungen dieser misslungenen Auseinandersetzung zu lernen und sich auf klare Rahmenbedingungen, wie z.B. Transparenz, verlässlicher Informationsaustausch und sorgfältige Prozessgestaltung zu verständigen“* meint Bätz.

Die Rolle der Wirtschaftsförderagentur sollte überdacht werden. Sie müsse aber in ihrer Professionalität unbedingt gestärkt werden.

Bündnis 90 /Die Grünen werden in Ihrem Wahlprogramm u.a. die Einführung einer Beteiligungssatzung als Weg zur Selbstverständlichkeit als ein wichtiges Projekt beschreiben.